

# Präsidialansprache Generalversammlung 2016

**Dr. Gottlieb Keller, Präsident scienceindustries**

17.06.2016

**- es gilt das gesprochene Wort -**

## **Nach dem Währungsschock: wo stehen wir, wohin wollen wir?**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizer Volkswirtschaft hat, wenn man dem konjunkturellen Datenkranz trauen darf, den letztjährigen Währungsschock bisher erstaunlich gut überwunden. Allerdings dürfen wir nicht übersehen, dass die dieser zuversichtlichen Beurteilung zugrundeliegenden Makrodaten sehr unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Branchen und bei einzelnen Firmen überdecken. Während es unserer Industrie, der wichtigsten Exportindustrie der Schweiz, und der Mehrheit unserer Mitglieder ausgezeichnet geht, sind andere Exportbranchen wie die MEM-Industrie, die Uhrenindustrie und zahlreiche kleinere und mittlere Unternehmen weiterhin stark betroffen und ich denke, nicht zu Unrecht: die anhaltende Frankenstärke, oder sollte ich besser Euroschwäche sagen, könnte in diesen Bereichen mittelfristig noch zu weiteren Geschäftsaufgaben, Verlagerungen und damit zu Arbeitsplatzverlusten führen. Angesichts der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank verfügt die Schweizerische Nationalbank nur über einen engen Handlungsspielraum, den sie offenbar auch immer wieder nutzt, um eine noch stärkere Aufwertung des Frankens zu verhindern.

Das vergleichsweise gute Abschneiden unserer Industrie ist der aussergewöhnlichen Innovationsleistung der in der Schweiz ansässigen Unternehmen zu verdanken. Seit Jahrzehnten setzen unsere Mitgliedunternehmen konsequent auf Innovationen aus Forschung und Entwicklung. Die Unternehmen sind sich dabei bewusst, dass Innovationen ein Ergebnis von ressourcenaufwendigen kreativen Prozessen in ihren Unternehmen sind, an denen auch zahlreiche firmenexterne Beteiligte zum Beispiel auch Universitäten im In- und Ausland ihren Anteil leisten. Erfolgreiche Firmen pflegen eine ausgeprägte Innovationskultur, indem sie für das Neue und Unbekannte einstehen und gezielt Interdisziplinarität und kulturelle Diversität der Mitarbeitenden in ihren Unternehmen fordern und fördern. Da bei Innovationen immer das Risiko des Scheiterns mitschwingt,

brauchen die Unternehmen zusätzlich zu ihrem langfristig orientierten Denken und Handeln auch eine gehörige Portion unternehmerischer Mut und Durchhaltewillen, was gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht einfach ist.

Die Mitglieder von scienceindustries halten auch in diesen Zeiten an ihrer Innovationsstrategie konsequent und erfolgreich an ihren auf die Zukunft ausgerichteten Investitionen in Forschung und Entwicklung fest. Jahr für Jahr wird jedenfalls fast die Hälfte aller privaten Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen in der Schweiz von unseren Mitgliedunternehmen finanziert, im letzten Jahr beliefen sich diese auf nicht weniger als sieben Milliarden Franken.

Innovationen können weder betriebswirtschaftlich erzwungen noch staatlich verordnet, sondern bloss ermöglicht und ermuntert werden. Gerade an dieser Stelle kommt auch dem Staat eine überaus wichtige, oft sogar entscheidende Rolle zu. Substanzielle privatwirtschaftliche Investitionen in Forschung und Entwicklung können letztlich nur durchgeführt werden, wenn die Unternehmen ihr gesellschaftliches Umfeld über einen längeren Zeitraum einigermaßen zuverlässig überblicken und einschätzen können, insbesondere also dann, wenn sie vom Staat über lange Zeit voraussehbare Rahmenbedingungen erhalten. Eine erfolgreiche staatliche Innovationspolitik muss somit eine langfristig ausgerichtete und multidimensionale Politik sein, die darauf abzielt, den unternehmerischen Handlungsraum über längere Zeit möglichst weit offen und in der Offenheit stabil zu halten.

Man kann es auch kurz sagen: „Wirtschaft braucht Freiheit und Stabilität“.

Das mag abstrakt tönen – doch was ist konkret zu tun? Vor etwas mehr als einem Jahr hat scienceindustries unter dem Eindruck der damaligen Aufgabe des Euro-Mindestkurses der Politik ein dreiteiliges Massnahmenpaket zur Verbesserung der Rahmenbedingungen durch mittel- bis langfristig wirkende Regelungen vorgeschlagen. Wo stehen wir mit dessen Umsetzung heute?

Als **erster Teil des Pakets** hat scienceindustries gefordert, strategisch wichtige Reformen vorzuziehen und so den Unternehmen eine höhere Planungssicherheit zu geben. Wichtige Stichworte waren die Umsetzung von Art. 121a BV, die Unternehmenssteuerreform III, die Priorisierung der Staatsausgaben im Bereich öffentliche Bildung und Forschung und der Ausbau eines qualitativ hochstehenden Freihandelsnetzes mit wichtigen Handelspartnern.

Auch wenn eine konkrete Lösung zur Umsetzung Masseneinwanderungsinitiative noch nicht absehbar ist, hat die Wirtschaft im Verlauf des letzten Jahres doch hinreichend klar gemacht, dass der Erhalt der bilateralen

Verträge für die überwiegende Mehrheit der Unternehmen zentral ist. Eine Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens durch die Schweiz kann ebenso wenig in Frage kommen wie zusätzliche flankierende Massnahmen im hiesigen Arbeitsmarkt. Wir wünschen uns eine einvernehmliche Lösung mit der EU, können uns als Notbehelf auch eine einseitige Schutzklausel vorstellen. Neben dem Schutzklauselmodell des Bundesrates mit quantitativer Ausrichtung sollen auch qualitative Ansätze geprüft werden. Kontingente für Grenzgänger und für Kurzaufenthalter bis 12 Monate lehnt scienceindustries klar ab. Grenzgängerfragen könnten aber kantonale geregelt werden, beispielsweise im Tessin. Von zentraler Bedeutung bleibt, dass die bestehenden Höchstzahlen für hochqualifizierte Staatsangehörige aus sogenannten Drittstaaten keinesfalls gekürzt werden und der Familiennachzug möglich bleibt. Die Politik hat diese Anliegen aufgenommen und arbeitet gegenwärtig an Lösungsansätzen, auch wenn die konkrete Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmung vorerst noch offen bleibt.

Bei der Unternehmenssteuerreform III geht es unserer Industrie nicht um eine generelle Senkung der Unternehmenssteuern, sondern darum, international verpönte Steuerpraktiken der Holdingsbesteuerung durch akzeptable Instrumente wie beispielsweise eine Patentbox oder F+E-Abzüge zu ersetzen. Erfreulicherweise hat die Politik auch dieses wichtige Anliegen an die Hand genommen. Heute steht die Unternehmenssteuerreform III im Parlament vor ihrem Abschluss. Voraussichtlich wird sich der Souverän in einer Referendumsabstimmung mit dieser Frage noch beschäftigen müssen, doch wir sind zuversichtlich, dass dieses Dossier in Kürze geregelt sein wird.

Es sei mir an dieser Stelle erlaubt, als Konzernleitungsmitglied von Roche einen konkreten Einschub zu machen: Die Unternehmenssteuerreform III wird der Roche keine Steuerreduktion in der Schweiz geben. Wir werden im besten Fall gleich bleiben, vermutlich aber leicht mehr Steuern bezahlen müssen. Von einem Geschenk jedenfalls an uns kann keine Rede sein und das Gleiche gilt im Wesentlichen meines Wissens auch für alle anderen Grossunternehmungen, die Mitglieder bei scienceindustries sind. Die Unternehmenssteuerreform wird einzelne Gewinner und ein paar Verlierer haben. Insgesamt aber stellt sie für die Schweiz eine Notwendigkeit dar und deshalb unterstützen wir sie auch von Roche aus, obwohl wir uns selber davon keinen Vorteil erwarten. Lassen Sie mich aber eines betonen, bei einem Scheitern werden sich die grossen Unternehmen Lösungen einfallen lassen. Viele kleinere exportierende Firmen aber werden dann unter den möglichen Zwangsmassnahmen der EU leiden und ein verschärfter negativer Trend in der Schweiz wird unvermeidlich sein. Ich könnte mir jedenfalls durchaus vorstellen, dass gerade diejenigen, die sich heute gegen die Unternehmenssteuerreform wenden, sich eines Tages sagen müssen, „jeder ist seines Glückes Schmied“.

Einer im internationalen Vergleich qualitativ hochstehenden Aus- und Weiterbildung auf allen Stufen kommt in unserer Industrie eine hohe Bedeutung zu. In allen Bereichen und auf allen Stufen der staatlichen Bildungs- und Forschungspolitik braucht es Spitzenleistungen. Für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft ist deshalb eine Priorisierung des ganzen BFI-Bereichs bei der staatlichen Mittelversorgung notwendig und sinnvoll. Scienceindustries ist in dieser Beziehung enttäuscht über die Beschlüsse des Nationalrats von letzter Woche, die BFI-Mittel nur 2% pro Jahr wachsen zu lassen, und setzt sich weiterhin zusammen mit anderen Wirtschaftsverbänden für höhere Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation ein. Die nächsten Monate werden zeigen, ob wir dieses Ziel erreichen, im Bewusstsein, dass mit dem Stabilisierungsprogramm 2017-2019 neues Ungemach auf Bildung und Forschung droht. Gleichzeitig hat sich scienceindustries dafür eingesetzt, dass die schweizerische Forschungslandschaft ihren Anschluss an die europäischen Forschungsprogramme, insbesondere an Horizon 2020, nicht einbüsst und dem Parlament die Ratifikation des sogenannten Kroatienprotokolls empfohlen. Der Nationalrat ist dieser Empfehlung in Frühjahr gefolgt, der Ständerat in der heute zu Ende gehenden Session.

Wo stehen wir beim Ausbau des Freihandelsnetzes der Schweiz? Als global tätige Industrie haben wir uns seit Jahrzehnten für eine Verbesserung des internationalen Marktzugangs generell und für einen Ausbau des Freihandelsnetzes eingesetzt. Dabei war es immer ein zentrales Anliegen, dass diese Abkommen international anerkannten Standards im Bereich des Zollabbaus und des Geistigen Eigentums genügen. Das Freihandelsabkommen mit China war diesbezüglich ein Erfolg. Gegenwärtig stehen für uns Länder wie Brasilien, Russland, Indien und die USA im Vordergrund des Interesses. Lassen Sie mich eines unmissverständlich sagen: Wir wünschen ein Freihandelsabkommen mit Indien, es muss bloss unseren minimalen Vorstellungen bezüglich des Umfangs der Zollreduktionen und des Schutzes der Geistigen Eigentumsrechte entsprechen. Ein Abkommen, das den Import von patentgeschützten Waren nicht ausdrücklich als Ausübung des Patentbesitzes anerkennt, würde von uns abgelehnt und bekämpft. Ein solches Abkommen würde es Indien nämlich ermöglichen, die lokale Produktion in Indien zu erzwingen und damit den Grundsätzen des Freihandels klar zuwiderlaufen.

Lassen Sie mich dabei klar sagen, dass ich die Situation unserer indischen Partner in vielen Gesprächen mit indischen Regierungsbeamten verstanden habe, und mir bewusst bin, dass Indien sich die Möglichkeit von Zwangslizenzen erhalten will. Erlauben Sie mir aber als Hinweis die Formulierung des Handelsabkommens zwischen der Schweiz und Iran hervorzuziehen. Iran ist - noch - nicht Mitglied der WTO, hat aber im Handelsvertrag eine Formulierung akzeptiert, die auch in der Verhandlung mit Indien zum Erfolg führen könnte. Ich darf sie Ihnen hier kurz vorstellen: „Compulsory licensing of patents shall be non-discriminatory, non-exclusive, subject to equitable compensation... Licences granted on the grounds of

non-working, i.e., if a patented invention is neither locally produced nor imported, shall be used only to the extent necessary to satisfy the domestic market on reasonable commercial terms.”

Eine solche Formulierung macht deutlich, dass der Import patentgeschützter Güter als „Working the patent“ gilt, Iran hat das akzeptiert und ich glaube damit könnten wir auch die Bedürfnisse der indischen Politik zufrieden stellen.

Als **zweiten Teil des Pakets** haben wir verlangt, dass auf anstehende kostenträchtige Regulierungsvorhaben entweder ganz verzichtet oder deren Umsetzung vereinfacht oder erst später erfolgen soll. Auch wenn dieses Regulierungsmoratorium, ein an sich einleuchtendes und simples Ziel anstrebt, erweist sich dessen Umsetzung in der täglichen Arbeit als extrem schwierig und langwierig. Beispiele dazu sind die Energiestrategie 2050 oder die sogenannte „Grüne Wirtschaft“.

Bei der Energiestrategie 2050 konnten dank steten und gut koordinierten Interventionen der Wirtschaftsverbände wie scienceindustries in den parlamentarischen Beratungen einige wichtige Verbesserungen erzielt werden, allerdings ohne die Energiestrategie 2050 zu unserem Lieblingsprojekt werden zu lassen. Insbesondere soll nun definitiv eine zeitliche Befristung für Subventionen aus der Kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) eingeführt und die politisch geforderte Förderung der Grosswasserkraftwerke aus der bereits vorher beschlossenen KEV finanziert werden. Das Gesamtprojekt dürfte trotz seiner planwirtschaftlichen Fehler vom Parlament in diesem Herbst verabschiedet werden. Im November dieses Jahres wird sich der Souverän zur anstehenden „Atomausstiegsinitiative“ zu äussern haben. Diese Vorlage verdient aus unserer Sicht eine deutliche Abfuhr, würde doch ein unbedacht schnelles Abschalten der Kernkraftwerke die sichere Stromversorgung in Frage stellen.

Bei der Thematik der „Grünen Wirtschaft“ ist es den Wirtschaftsverbänden im letzten Jahr nach langem Hin und Her gelungen, das Parlament letztendlich von der Unnötigkeit und wirtschaftlichen Schädlichkeit eines entsprechenden Gesetzesvorschlags zu überzeugen: das Parlament hat die Revision des Umweltschutzgesetzes als indirekten Gegenvorschlag abgelehnt. Die Volksinitiative „Grüne Wirtschaft“ wird dem Souverän im Herbst damit ohne Gegenvorschlag zur Entscheidung vorgelegt. Diese Abstimmung wird zeigen, ob wir unsere bisherigen eigenwirtschaftlichen Anstrengungen zur Entkoppelung des Wachstums vom Ressourcenverbrauch deutlich genug in die öffentliche Diskussion haben einbringen können. Jedenfalls werden wir uns noch verstärkt bemühen müssen, unsere bisherigen freiwilligen Leistungen im Bereich Nachhaltigkeit, besser aufzuzeigen wie sie unsere Industrie mit dem Responsible Care Programm seit 1985 vorlebt.

Als **dritten Teil des Pakets** haben wir schliesslich gefordert, eine ganze Reihe von bestehenden Vorschriften zu vereinfachen oder ganz abzuschaffen. Darunter fallen Themen wie die VOC-Abgabe, der Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer oder die Vertrauensarbeitszeit. Selbstverständlich sind die einzelnen Forderungen unterschiedlich wichtig und betreffen nicht immer alle Unternehmen gleich stark, aber nach dem Motto „Viele Hunde sind des Hasen Tod“ sind sie schlussendlich doch alle von wirtschaftlicher Bedeutung. Von der Erfüllung zahlreicher dieser Forderungen sind wir nach meiner Beurteilung noch weit entfernt, aber das waren wir auch schon vor dem Währungsschock!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Bilanz des Erreichten und Verpassten fällt, wie so oft in der Politik, durchgezogen aus. Insgesamt dürfen wir aber festhalten, dass die wichtigsten Anliegen unserer Industrie von der Politik aufgenommen worden sind und dass erste Fortschritte erzielt werden konnten. Vieles benötigt aber noch mehr Reifezeit und manches auf unserer Wunschliste wird sich vielleicht überhaupt nicht umsetzen lassen.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen persönlich, dass Sie und Ihre Unternehmen sich stetig und mit grossem Engagement für die Arbeitsplätze in der Schweiz einsetzen. Es ist nötig und unverzichtbar, dass wir als Wirtschaft unsere Verantwortung wahrnehmen und alle gemeinsam der Politik und unserem Land helfen, den Spitzenplatz als weltweit exzellenter Forschungs-, Wissenschafts- und Industriestandort zu sichern. Damit weiterhin das Erreichte zählt und nicht das Erzählte reicht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit